

Rat sorgt sich um den «Bund»

Der Grosse Rat debattiert über die Berner Medienlandschaft – und plädiert für die Pressevielfalt

Grossräte aus allen Parteien hoffen auf das Weiterbestehen einer vielfältigen Presselandschaft in Bern – und auf eine Rettung des «Bund». Etwas ratlos ist man in der Frage, wie die Politik helfen kann.

Stefan Wyler

Auslöser der 40-minütigen Grundsatzdebatte war eine Interpellation des BDP-Grossrats Jakob Etter (Treiten): In seinen Fragen zur Zukunft der Berner Presselandschaft ging es nicht nur, aber vor allem um den «Bund». Ende 2008 hatte die Tamedia AG angekündigt, für das Berner Traditionsblatt zwei Szenarien zu prüfen: die Fusion mit der «Berner Zeitung» und eine enge Zusammenarbeit mit dem «Tages-Anzeiger». Der Regierungsrat zeigte sich in seiner Antwort besorgt über die Konzentrationspläne im Pressebereich. Er schrieb an die Tamedia, er erachte es als wichtig, dass es in der Hauptstadt weiterhin zwei Tageszeitungen mit eigenständigen Redaktionen gebe.

«Meiner Meinung nach hat sich die Regierung zu wenig eingesetzt», sagte Etter gestern im Grossen Rat. Man müsse weiter auf die Verleger Einfluss zu nehmen versuchen – und da erwarte er, dass sich die Regierung vehement und entschlossen für einen unabhängigen Journalismus einsetze.

Grossräte aus allen Parteien warben in der Debatte für den Erhalt der Meinungsvielfalt. Sie betonten die Wichtigkeit einer seriösen Presse im Politikbereich – und dies durchaus auch in eigener Sache. «Wenn der seriöse Journalismus fehlt, kommt auch die Kantonspolitik zu kurz», sagte Etter. Und der SP-Sprecher Roland Näf ergänzte: «Es geht um die Qualität der Berichterstattung auch aus diesem Parlament. Wer schreibt dann noch über unsere teils langweiligen Finanzdebatten?» Wenn diese Debatten aber in den Medien nicht mehr stattfänden, sei die Grundlage der Demokratie gefährdet, sagte Näf.

Etwas ratloser waren die Grossräte in der Frage, was zu tun sei. Näf kündigte eine SP-Motion an und sprach auch von der Möglichkeit staatlicher Unterstützung, schliesslich erfülle die Presse in der Demokratie einen «Leistungsauftrag». Bürgerliche Sprecher schlossen solches sogleich aus. Als Freisinniger lehne er die staatliche Finanzierung von Zeitungen ebenso ab wie die Finanzierung von Parteien, sagte Christoph Stalder, der als Mitglied des Komitees «Rettet den Bund» an vorderster Front für die Erhaltung der Zeitung kämpft. Stalder legte dagegen einen Resolutionsentwurf vor (siehe Kasten), den viele Grossräte nun unterzeichnen wollen.

Es gab aber, dies sei nicht verschwiegen, nicht nur tröstende Worte für den bedrohten «Bund». So erklärte SVP-Sprecher Hans Ulrich Gränicher, der «Bund» biete zwar kompetente Berichterstattung aus Stadt und Region Bern, decke das übrige Kantonsgebiet aber nicht (mehr) ausreichend ab. Und EVP-Sprecher Reto Steiner erklärte, er sehe keine Krise, «keinen Einheitsbrei». Es gebe nach wie vor eine grosse Vielfalt, zudem wandle sich die Medienlandschaft, und insbesondere das Internet habe eine immer grössere Bedeutung.

DIE RESOLUTION

Der Grosse Rat und der Regierungsrat des Kantons Bern

- stellen mit Befremden die Gefahr einer zunehmenden Pressekonzentration im Kanton Bern fest;
- sind überzeugt, dass eine vielfältige, unabhängige Presse eine wichtige Aufgabe im politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Diskurs wahrnimmt;
- wissen aus Erfahrung, dass nur Printmedien die publizistische Substanz haben, gesellschaftliche und politische Prozesse kontinuierlich abzubilden und zu begleiten;
- würden das Verschwinden von Tageszeitungen bedauern;
- ersuchen die im Kanton Bern tätigen Verlagshäuser, ihren aktiven Beitrag zu leisten, damit die vielfältige Presselandschaft in unserem Kanton erhalten bleibt;
- rufen die Verlagshäuser auf, nicht nur nach betriebswirtschaftlichen, sondern auch nach publizistischen Kriterien zu entscheiden. (ktn)

www.rettet-den-bund.ch